

Politische Urteilsbildung

Grundlegende Methoden der politischen Urteilsbildung

Sabine Achour

Politische Urteilsfähigkeit ist die Voraussetzung für politische Partizipation und somit eine der zentralen Zielsetzungen des Politikunterrichts. Politische Urteilsfähigkeit ist nicht nur ein besonderes Merkmal, sondern eine wesentliche Voraussetzung von politischer Mündigkeit. Ein politisches Urteil entwickelt sich entlang der beiden Lernschritte (1) Informationen sammeln (z. B. in Form von Fachkonzepten, Definitionen, Hintergrundwissen) und (2) Analysieren von politischen Problemen, Konflikten, Fällen usw. Die Qualität eines politischen Urteils hängt stark vom Grad der Informiertheit und der vorausgegangenen Analyse ab (Detjen 2013: 82).

Die Gegenstände politischer Urteile sind vielfältig. Politische Urteile können sich auf Ereignisse, Konflikte und Entscheidungen (*politics*), auf Probleme und Aufgaben (*policy*) sowie auf Institutionen, Organisationen und Verfahren (*polity*) beziehen. Sie können aber auch Programme, Theorien, Ideologien und Modi des Denkens in den Blick nehmen. Des Weiteren können sich politische Urteile auf Handlungen und/oder (persönliche) Qualitäten von politischen Akteur*innen beziehen (a. a. O.: 83).

Ein politisches Urteil ist die wertende Stellungnahme eines Individuums über einen politischen Sachverhalt unter Verwendung der Kategorien Effizienz (Leistungsfähigkeit) und Legitimität (Grundwerte) sowie die Bereitschaft, sich öffentlich dafür zu rechtfertigen (Massing 1997; Detjen u. a. 2012). Beide Kategorien werden bei der Beurteilung gewichtet, so dass in der Regel schließlich eine der beiden Kategorien im Vordergrund steht. Genauso verhält es sich auch bei realen politischen Entscheidungen.

Tabelle 31: Begründungsmöglichkeiten eines politischen Urteils

Beurteilungs- maßstab	Sichtweisen		
Politisch- gesellschaftliche Rationalität	Politische Akteur*innen	Politisch Betroffene	Demokratisches System
Kategorie Effizienz	Handlungsmöglichkeiten Handlungsrestriktionen Entscheidungskompetenzen Macht, Aufwand, Kosten, usw.	Individueller Nutzen Individuelle Kosten Individuelle Interessen	Funktionsfähigkeit Leistungsfähigkeit Stabilität
Kategorie Legitimität	Humanverträglichkeit: • Menschenrechte Grundrechte • Demokratische Prinzipien Sozialverträglichkeit: • Zumutbarkeit • Interessenberücksichtigung • Gemeinwohlorientierung • Akzeptanz • Transparenz • Partizipation Umweltverträglichkeit: • Berücksichtigung der ökologischen Dimension • Nachhaltigkeit	Selbstbestimmung Mitbestimmung Identität Verallgemeinerbare Interessen Verallgemeinerbare Werte	Grund- und Menschen- rechte Demokratie Rechtsstaat Sozialstaat Alternativen

(Lach/Massing 2007f.: 231; © Wochenschau Verlag)

Politische Urteile beziehen sich auf alle Ebenen von Politik: auf Probleme, Entscheidungen, auf Akteur*innen des Nahraums, der Kommune, der Region, des Bundeslandes, des Nationalstaates, auf supranationale Gebilde wie die EU und auf internationale Organisationen. Schließlich werden Urteile auch noch mit Blick auf ihre Perspektive (Akteure wie Politiker*innen, Verbände, Bürger*innen usw.) differenziert (s. oben).

Das Urteilsraster hilft Lehrer*innen, die verschiedenen möglichen Urteilsformen bei der Planung von Unterricht zu berücksichtigen. Zugleich stellen die Kategorien und Perspektiven Möglichkeiten dar, Impulse zu formulieren, wenn die Diskussionsphase sehr meinungshomogen ist:

Beispiele für Impulse

- „Beurteilt die Entscheidung auch vor dem Hintergrund von Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit.“ (Kategorie Legitimität)
- „Beurteilt die Entscheidung auch hinsichtlich der Finanzierung, Umsetzbarkeit usw.“ (Kategorie Effizienz)
- „Beurteilt die Entscheidung auch aus der Perspektive von Partei A, Verband B, Betroffenem C.“ (Perspektive)

Tabelle 32: Zuordnen von Argumenten und Kategorien

Beispiel: „Sollen Volksentscheide auf Bundesebene eingeführt werden?“

Pro			Contra		
Argument	Legitimität	Effizienz	Argument	Legitimität	Effizienz
Höhere Beteiligung der Bürger*innen: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“	Partizipation, Selbstbestimmung	(größere Möglichkeit der) Interessendurchsetzung	Bürger*innen fehlt das notwendige Wissen		Kompetenz
Höhere, demokratische Anerkennung von Entscheidungen	Zufriedenheit, Anerkennung		Entscheidungen werden blockiert		Funktionsfähigkeit, Stabilität
Weniger Machtmissbrauch von Repräsentanten	Transparenz	(Verteilung von) Macht	Manipulation von Bürger*innen		Macht
Bessere Kontrolle von Politiker*innen		Handlungsrestriktionen	Entscheidungen dauern lange		Aufwand, Zeitfaktor
Höherer Informationsgrad der Bürger*innen durch die Presse	Information	Wirksamkeit	Verletzen von Minderheiteninteressen	Minderheitenschutz	
Perspektiven	Je nach eingenommener Perspektive stehen andere Argumente und damit Kategorien für ein Urteil im Vordergrund.				

(Sabine Achour; © Wochenschau Verlag)

Das Urteilsraster kennen die Schüler*innen selten explizit. Ihnen das Raster als Arbeitsblatt vorzulegen und sie dann um ein Urteil zu bitten, wird die meisten von ihnen eher überfordern. Um aber das kategoriale Urteilen über die Schuljahre hinweg anzubahnen, ist es sinnvoll, dies induktiv anzuleiten. Die Urteilkategorien entsprechen zu einem großen Teil auch den Analyse kategorien, und hinter ihnen verbergen sich zentrale Fachkonzepte. Vor diesem Hintergrund ist sowohl ein Verständnis der Kategorien als auch deren kontinuierliche Anwendung im Rahmen der Kompetenzförderung unerlässlich. Eine einfache Möglichkeit, um mit den Kategorien zu arbeiten, ist die Zuordnung von konkreten Urteilen bzw. Argumenten zu den jeweiligen Kategorien (vgl. Tabelle auf S. 248). Dabei gibt es nicht unbedingt eindeutige Zuordnungen. Häufig sind verschiedene Zuordnungen möglich.

Urteilsformen

Es gibt unterschiedliche Urteilsformen, die am Ende einer Unterrichtsstunde bzw. Unterrichtseinheit stehen können. Die Urteilsformen ergeben sich in der Regel aus dem Problemaufriss der Einstiegsphase: Es können Bewertungen, Entscheidungen oder Lösungsentwürfe sein (Detjen u. a. 2012: 60 f.):

- Ein *Sachurteil* ist vor allem eine konstatierende Feststellung (und für die Politikdidaktik eher kein politisches Urteil). Ein Sachurteil ist z. B. das aus der Interpretation einer Tabelle zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit resultierende Ergebnis: „Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren gestiegen.“ In Sachurteilen wird also etwas festgestellt, interpretiert oder erklärt.
- *Werturteile* werden aus einer persönlichen Perspektive formuliert, z. B. „Erörtern Sie, ob Bürgerinitiativen die Effizienz der Kommunalpolitik einschränken“ oder „Bewerte, ob der Bundeswehreinsatz in Afghanistan im deutschen Interesse lag“. Das Werturteil kann auch aus einer vorgegebenen Perspektive getroffen werden, z. B. „Nimm als Vertreter*in eines Wohlfahrtsverbandes Stellung zur Abschaffung der Wehrpflicht“. In Werturteilen wird etwas als gut oder schlecht, als angemessen oder unangemessen bezeichnet. Häufig schließen Werturteile eine Zustimmung oder Ablehnung mit ein (Detjen 2013: 80). Im Gegensatz zu Entscheidungsurteilen (s. unten) sind Werturteile offener und differenzierter, da aus ihnen keine direkte Handlungsentscheidung folgt.
- Bei *Entscheidungsurteilen* wird eine Wahl zwischen verschiedenen Alternativen getroffen und begründet, z. B. „Soll eine PKW-Maut auf Autobahnen eingeführt werden?“ oder „Kinderarbeit – sollen internationale Sozialstandards eingeführt werden?“ Entscheidungsurteile verdeutlichen, wie schwierig es ist, eine politische Entscheidung unter Berücksichtigung vieler Interessen zu treffen und zu begründen. Entscheidungsurteile benötigen Zeit. Vor dem Zustandekommen des Urteils müssen Informationen gesammelt, miteinander verglichen und einer Abwägung unterzogen werden.
- *Gestaltungsurteile* stehen häufig als Lösungsvorschlag am Ende eines problemorientierten Unterrichts, z. B. „Welche Maßnahmen können den CO₂-Ausstoß in Deutschland verringern?“ oder „Welche Maßnahmen können Fluchtursachen weltweit reduzieren?“ Gestaltungsurteile kommen also zustande, wenn politische Probleme gelöst werden sollen bzw. einer Lösung zugeführt werden (Detjen 2013: 96).

Sprachliche Hilfen bei der Urteilsbildung

Gute Urteile zeichnen sich durch Argumentationen aus, die mit Blick auf die oben genannten politikwissenschaftlichen Kategorien und Perspektiven nachvollziehbar sind. Das heißt, Argumentieren ist eine zentrale Basis des Urteilens, so dass die Urteilskompetenz in die Nähe der politischen Handlungskompetenz rückt und deren Zusammenhang deutlich wird.

Im Kapitel zum kommunikativen Handeln wurde ein Beispiel für eine lineare Argumentation vorgestellt (vgl. S. 188). Hier soll nun eine Struktur für ein dialektisches Urteil gezeigt werden. Für Schüler*innen ist es

wichtig zu wissen, welche Art von Argumentation sie formulieren sollen, insbesondere in Tests und Klausuren. Die Qualität des Urteilens wie auch die des kommunikativen Handelns (Artikulieren, Argumentieren, Verhandeln und Entscheiden) ist abhängig von den sprachlichen Fähigkeiten und dem Beherrschen der Fachsprache (Richter 2012: 183). Zur Unterstützung bietet sich ein *Scaffolding* an, welches sich an den gesicherten Pro-Contra-Argumenten sowie einer Argumentationsstruktur orientiert. *Scaffolding* (engl.: „Gerüst“) meint die Bereitstellung einer Orientierungsgrundlage in Form von Anleitungen, Denkanstößen und anderweitigen Hilfestellungen. *Scaffolding* soll die Schüler*innen bei ihren kognitiven Konstruktionen unterstützen. Man kann hierbei zwischen problematisierenden und strukturierenden Maßnahmen unterscheiden. Problematisierende Anleitungen dienen der kognitiven Aktivierung, strukturierende Hilfestellungen verringern die Komplexität des Lerngegenstandes (Richter 2013: 32).

Tabelle 33: Sprachliche Hilfen für mündliche und schriftliche Stellungnahmen

Struktur	Sprachliche Hilfen
Einleitung Formulieren des Themas bzw. der Fragestellung mit einigen zentralen Informationen	Es wird wieder kontrovers diskutiert über ... In dieser Situation stellt sich die Frage, ob es nicht besser wäre, wenn ...
Hauptteil	Darstellen von Pro-Contra-Argumenten: (1) alle positiven Argumente (2) alle negativen Argumente oder: (1) positives – negatives Argument (2) positives – negatives Argument Die Argumente müssen begründet sein und können durch Beispiele illustriert werden.
Redemittel Pro	Für ... spricht ... Ein weiteres Argument für ... ist, ... Ein Vorteil für ... ist, ... Befürworter einer solchen Lösung ... Während die einen meinen, ... Vor diesem Hintergrund argumentieren/verlangen ...
Redemittel Contra	Gegen ... spricht ... Ein weiteres Argument gegen. Ein weiterer Einwand, ist .../ Interessant ist noch der Einwand, dass ... Gegner einer solchen Lösung betonen/weisen darauf hin/ lehnen entschieden ab, ... Die anderen lehnen ab .../sind gegen .../sind dagegen, dass ... Der wichtigste Einwand bezieht sich auf ... Die andere Seite führt dagegen ins Feld, dass ...
Schluss Eigene Stellungnahme mit kurzer Begründung, kurze Zusammenfassung der Argumente	Ich bin der Meinung/Ansicht/Auffassung/Überzeugung ... Mich überzeugen am stärksten die Gründe ... Meine Einschätzung der Lage ist folgende/folgendermaßen ... Ich beurteile dieses Problem folgendermaßen ... Um abschließend zur Ausgangsfrage zurückzukommen ...

(Sabine Achour; © Wochenschau Verlag)

**Tabelle 34: Sprachliche Hilfen für Stellungnahmen (Beispiel):
„Sollen Volksentscheide auf Bundesebene eingeführt werden?“**

Einleitung	Vor dem Hintergrund der erfolgreichen Volksbegehren in einigen Bundesländern wird wieder kontrovers über das Einführen von Volksentscheiden auf Bundesebene diskutiert.		
Hauptteil	Satzanfänge	Kategorialer Bezug	Argument
Pro-Argumente	Für Volksentscheide spricht, dass	sie die <i>Partizipation</i> fördern,	weil es eine höhere Beteiligung der Bürger*innen an politischen Entscheidungen gibt, wie es in einigen Bundesländern zu sehen ist.
	Ein weiterer Vorteil ist,	dass Volksentscheide zu mehr <i>Transparenz</i> führen,	weil die Entscheidungen von Politiker*innen besser kontrolliert werden können.
	Befürworter betonen auch	die Relevanz von Volksentscheiden für die <i>Zufriedenheit mit der Demokratie</i> ,	da die Anerkennung von politischen Entscheidungen zunimmt.
Contra-Argumente	Gegner einer solchen Lösung betonen aber auch	die mögliche <i>Gefahr</i> von Manipulation und Populismus wie z. B. in der Schweiz (Beispiel),	da vielen Bürger*innen oft das notwendige Wissen fehlt.
	Die andere Seite führt dagegen auch ins Feld,	dass Lösungen blockiert werden können,	da Entscheidungen so länger dauern.
	Außerdem lehnen sie Volksentscheide ab,	da Minderheiteninteressen verletzt werden können,	weil diese bei Ja/Nein-Entscheidungen selten berücksichtigt werden.
Schluss	Ich bin allerdings der Meinung, dass	die Anerkennung der Demokratie und die Partizipation gesteigert werden können, aber dass es auch einen hohen Informationsgrad der Bürger*innen durch die Presse geben muss	

(Sabine Achour; © Wochenschau Verlag)

Positionierungen mit geringen Redeanteilen

Für viele Schüler*innen ist die Sprachbarriere oftmals ein Grund, sich bei politischen Diskussionen oder Positionierungen nicht zu beteiligen. Das führt aber auf lange Sicht zu einer Form von politischer Bildung, die um die Urteilsbildung verkürzt wird. Politische Urteile werden nach der Schule nicht unbedingt in Form der hier vorgestellten Argumentationen gefällt, sondern auch durch das Kreuz beim Wählen, durch Entscheidungen, wie im gesellschaftlichen Umfeld agiert wird, in Schule, Beruf, Ausbildung, Wohnumfeld, Kommune usw.

Politische Positionen können auch durch „körperliche“ Positionierungen (z. B. Positionslinie) abgefragt werden. Es können verschiedene Aussagen formuliert werden („Fördern Volksentscheide die Partizipation?“; „Schränken sie Minderheitenrechte ein?“) und die Lernenden bewegen sich im Raum entweder eher zur Pro- oder zur Contra-Seite, die mit einem beschriebenen Blatt gekennzeichnet wird (vgl. S. 73). Diese niedrigschwellige Methode soll die Schüler*innen miteinander ins Gespräch bringen. Das bloße Positionieren reicht daher nicht aus. In einem nachfolgenden Unterrichtsgespräch sollen die Motive und Kriterien, sich an dieser oder jener Stelle zu positionieren, erörtert werden.

Eine weitere Möglichkeit liegt darin, mit Bildern zu arbeiten, die bestimmte Positionen illustrieren bzw. Situationen darstellen, die bewertet werden sollen (z. B. Rollenbilder, die das Zusammenleben in einer heterogenen Gesellschaft thematisieren). Allerdings besteht hierbei die Gefahr, dass Schüler*innen die Bilder allein nach ästhetischen und nicht nach inhaltlichen Gesichtspunkten auswählen. Bilder können auch von den Schüler*innen selbst als Lernprodukte hergestellt worden sein (Collagen, Fotos, Zeichnungen). Damit erhalten die Lernprodukte eine besondere Funktionalität für den Unterricht, da sie die Grundlage für die Urteilsphase herstellen.

Schriftliche Urteile: Leserbrief, Kommentar

Siegfried Frech

Leserbriefe und Kommentare sind eine Möglichkeit, politisch aktiv zu werden und auf die politische Willensbildung Einfluss zu nehmen (Ackermann 2002: 102). Leserbriefe konzentrieren sich auf wenige, aber gut begründete und logisch gegliederte Argumente, die der eigentlichen Urteilsbildung vorangestellt werden. Dies gilt gleichermaßen für in Printmedien veröffentlichte oder online gestellte Leserbriefe. Leserbriefe sind eine judizierende Textform, d. h. urteilend und einen Sachverhalt bewertend.

Kommentare sind wohlüberlegte und durchdachte Meinungsäußerungen, die eine Wertung vornehmen und eine bestimmte Meinung bzw. Position vertreten. Etwas kommentieren heißt, seine „Meinung dazu sagen und die Gründe dafür anzugeben“ (Ackermann 2002: 88). Kommentare erfordern Sachkunde, ein notwendiges Maß an Schreibfertigkeit und vor allem einen eigenen Standpunkt. Kommentare provozieren gemeinhin zum Nachdenken, unterstützen die Meinungsbildung und geben Leser*innen Argumente für Diskussionen und Debatten an die Hand.

Kommentare und Leserbriefe können Wert-, Entscheidungs- oder Gestaltungsurteile zum Ausdruck bringen und begründen diese Urteile mittels schlüssiger und vor allem sachlicher Argumente. Beide Formen der schriftlichen Urteilsbildung setzen eine gründliche Einarbeitung in den Sachverhalt, das aktuelle politische Ereignis oder Problem voraus. Zudem müssen die Informationen geordnet, bewertet und gewichtet werden (a. a. O.: 89).

Wenn Schüler*innen einen Leserbrief oder einen Kommentar zu einem politischen Sachverhalt verfassen, wird deren Fähigkeit gefördert, „unterschiedliche kommunikative und politische Absichten (Darstellung, Argumentation, Appell) sach- und situationsgerecht zu verfolgen“ (Hankele 2015b: 35). Leserbriefe und Kommentare sind im Politikunterricht eine Möglichkeit, Schüler*innen zur politischen Urteilsbildung anzuregen und argumentative Fähigkeiten zu schulen. Im Gegensatz zu verbal geäußerten Urteilen zwingt die Form des Leserbriefes oder Kommentars zur disziplinierten und detaillierten Auseinandersetzung mit politischen Ereignissen, Problemen und/oder Entscheidungen. Die Schüler*innen müssen zunächst wesentliche Aspekte des politischen Sachverhalts berücksichtigen und diese schlüssig strukturieren. Das politische Problem muss nicht nur definiert, sondern politisch mithilfe der beiden Kategorien Effizienz und Legitimität bewertet werden (vgl. S. 244).

Neben dem notwendigen Hintergrundwissen müssen beim Verfassen von Leserbriefen und Kommentaren formale Gesichtspunkte und inhaltliche Kriterien beachtet werden (vgl. Checkliste, S. 251). Die Fähigkeit, seine Meinung schriftlich zu äußern, setzt sprachliche Fertigkeiten voraus, die nicht bei allen Schüler*innen gleichermaßen gegeben sind. Schüler*innen vertreten in ihrem sozialen Umfeld tagtäglich ihre Interessen und Meinungen; sie tun dies jedoch häufig spontan und werden dabei von ihrem eigenen Interesse geleitet. Für die schriftliche Artikulation und Präsentation eigener Standpunkte hingegen bringen sie unterschiedliche Voraussetzungen mit. Insofern bekommt die Förderung des sprachlichen Ausdrucksvermögens durch die Lehrkräfte ein besonderes Gewicht, d.h. das Artikulieren von Meinungen, Interessen und Urteilen bedarf der ständigen Übung. Vorgegebene Satzbausteine und Formulierungshilfen können für Schüler*innen eine Hilfe darstellen (vgl. Tabelle 35).

Tabelle 35: Satzbausteine und Formulierungshilfen

Satzbausteine	Formulierungshilfen
Zum politischen Problem/ zur Kontroverse hinführen	Informationen wiedergeben mit Hilfe des Passivs: „ <i>wird diskutiert</i> “, „ <i>wird vorgeworfen</i> “, „ <i>wird erhoben</i> “, „ <i>wird/wurde ermittelt</i> “, „ <i>wird/wurde entschieden</i> “ ... Begründen und Folgen verdeutlichen mit Hilfe von Konjunktionen: „ <i>ob, dass, so dass, inwiefern, weil, da, denn, daher, deswegen</i> “ Direkte Rede wiedergeben mit dem Konjunktiv I (II): „ <i>schmiede, verliere, vergesse, verböte, erbringe, erziele, übersehe, fördere, schütze, bevorteile, plane, benachteilige</i> ...“
Das politische Problem definieren	Ein Problem definieren mit Hilfe von Nominalisierungen: „ <i>Diskriminieren, Benachteiligen, Bezahlen, Aushandeln, sozial Sortieren, Partizipieren, Scheitern</i> ...“ Auf das politische Problem schlussfolgern: „ <i>vor diesem Hintergrund, auf dieser Grundlage, im Hinblick darauf, in Bezug darauf, folglich, in Folge dessen</i> ...“
Politische Bedeutung des Problems herausstellen	Den politischen Gehalt des Problems begründen mit Hilfe von Konjunktionen: „ <i>da, weil</i> ...“
Urteilsfrage herleiten, einordnen/ Beurteilungskategorie(n) und Kriterien bestimmen	Urteilsfrage herleiten mit Hilfe von Konsekutivsätzen mit den Konjunktionen: „ <i>sodass/so ..., dass</i> ...“
Ggf. Überblick über das weitere Vorgehen	Vorgehen erläutern mit Hilfe von Adverbien: „ <i>zunächst, zuerst, im Anschluss, anschließend, schließlich, abschließend</i> ...“

(nach: Kalex 2013: o. S.; © Wochenschau Verlag).

Leserbriefe sollten sachlich gehalten sein. Je kürzer und verständlicher ein Leserbrief aufgesetzt ist, desto größer ist die Chance, dass er auch abgedruckt wird. Auch wenn Zeitungen und Magazine rechtlich nicht dazu verpflichtet sind, drucken sie in aller Regel Leserbriefe ab, behalten sich aber die Möglichkeit der Kürzung vor (Ackermann 2002: 102). Wenn auf einen bestimmten Artikel oder anderen Leserbrief Bezug genommen wird, sollten Datum und Ort der Veröffentlichung genannt werden. Die Angabe des Namens und der Anschrift sowie die handschriftliche Unterschrift sind Bestandteile eines seriösen Leserbriefs.

Als methodische „Vorübung“ kann es durchaus sinnvoll sein, gemeinsam mit Schüler*innen Leserbriefe zu einem bestimmten Artikel vergleichend zu analysieren und dabei die in der Checkliste genannten Kriterien an die Leserbriefe anzulegen. Wenn Schüler*innen Leserbriefe zu einem ausgewählten Artikel verglei-

chen, können sie zum einen die sprachliche Gestaltung erfassen, zum anderen den Aufbau sowie die Abfolge der Argumente und die Intentionen der Verfasser*innen erörtern (Hankele 2015b: 35 f.). Gleiches gilt für die Analyse von Zeitungskomentaren, deren Auswahl für Unterrichtszwecke – je abhängig vom Thema und/oder Sachverhalt – möglichst kontrovers sein sollte.

Checkliste für Schüler*innen: Leserbrief und Kommentar

Leserbriefe sind sachlich, kurz und vermeiden unnötige Abschweifungen. Beachte folgende Hinweise:

- Fasse dich kurz, damit dein Leserbrief nicht von der Redaktion, die dazu im Übrigen berechtigt ist, gekürzt wird.
- Mache deutlich, auf welchen Artikel oder Beitrag du dich beziehst, nenne den Erscheinungsort, Titel und Zeitpunkt der Veröffentlichung.
- Konzentriere dich auf wenige Argumente, die gut begründet und gegliedert sein sollten.
- Achte darauf, die Argumente sachlich und logisch zu formulieren. Dies wirkt für andere Leser*innen nachvollziehbarer.
- Schlage selbst eine Überschrift vor und setze die stärksten Argumente an den Schluss des Leserbriefs.
- Ein Leserbrief kann auch mit einer Schlussfolgerung, Forderung oder kritischen Bemerkung enden.
- Gib deine Anschrift an und unterschreibe den Leserbrief handschriftlich.
- Überprüfe ganz am Schluss noch einmal die Rechtschreibung, die Zeichensetzung und den Satzbau.



Kommentare verlangen eine sorgfältige Recherche, einen Blick für das Wesentliche und ein gutes Gespür für Sprache.

- Bist du mit dem Thema vertraut? Hast du dich gründlich in den Sachverhalt eingearbeitet?
- Verfügst du über die notwendigen Informationen?
- Musst du noch weitere Recherchen anstellen?
- Hast du schon eine klare und abgewogene Meinung?
- Ordne deine Stichworte, formuliere Ziele und ordne die unterschiedlichen Stellungnahmen.
- Sind deine Argumente im Mittelteil vollständig und ggf. mit einem Beispiel belegt?
- Deine Schlussfolgerung steht stets am Ende des Kommentars. Von der Schlussfolgerung leiten sich der Beginn bzw. die kurze Einleitung und der argumentative Mittelteil des Kommentars ab.
- Wähle solche Argumente aus, die für die Leser*innen logisch erscheinen und die direkt zu deiner Schlussfolgerung führen.
- Prüfe noch einmal die Rechtschreibung und Zeichensetzung sowie den Satzbau.

(nach: Ackermann/Müller 2015: 97; Hankele 2015b: 35 f.; Kalex 2013; © Wochenschau Verlag)

Checkliste für Lehrer*innen: Problematisierungsphase und Urteilsbildung

- Genügend Zeit einplanen für die Problematisierungsphase und vor allem für die Urteilsbildung.
- Urteilsbildung explizit planen.
- Sprachliche Hilfen zur Urteilsbildung anbieten.
- Konkrete Impulse zur Urteilsbildung formulieren.
- Erwartungshorizont an ein politisches Urteil, bezogen auf die Kategorien Legitimität und die drei Sichtweisen (vgl. Tabelle auf Seite 244), formulieren.
- Wege zur Urteilsbildung überlegen (z. B. Kommentar schreiben, Kommentare zum Thema analysieren, Pro-Contra-Debatte einsetzen).
- Begriffe wie „Meinungen“ vermeiden.

